



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/292 - 17.12.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

SONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Integration - aber mit wem?	S. 1
Franco und die Kardinäle	S. 3
Zur Brüsseler Tagung der Sozialistischen Internationale	S. 5
Buchbesprechung: Vom Irr-Sinn der Diktatur	S. 7

Mehr Integration nach innen

ae. Politische, wirtschaftliche und militärische Integration der Bundesrepublik mit dem Westen ist die Grundlage der Adenauerschen Aussenpolitik. Unter Integration versteht man gemeinhin das Aufgehen von Teilen in ein höheres Ganzes. Ist das Kleinsteuropa, dem der Bundeskanzler zusteuert, ein höheres Ganzes? Bleibt es nicht nach der Absage Englands und der Zurückhaltung Skandinaviens recht fragwürdiger Natur?

Es handelt sich bei ihnen um die gesündesten Völker des Kontinents, mit Staaten ohne grosse, das Gefüge der Nation zerreissenden Spannungen, in denen die Einheit Volk - Staat eine ideale Ausprägung gefunden hat. Muss es nicht bedenklich stimmen, dass sich ausgerechnet diese Staaten fernhalten? Skandinavien und Grossbritannien scheuen sich, ihr Schicksal mit Ländern zusammenzuwerfen, die als Gabe in eine europäische Union starke kommunistische Parteien, eine laxen Steuermoral und unerträgliche soziale Gegensätze mitbringen. Das Aufgehen Italiens und Frankreichs in eine westeuropäische Föderation wird nicht die Bereitschaft der Christlichen Demokraten Italiens mehr erwecken, die längst fällige Landreform in Sizilien und Süditalien durchzuführen, oder dem französischen Bauer und Steuerzahler bewegen, weniger Gold zu horten, und dem Staate die Steuermittel nicht mehr vorzuenthalten. Diese Länder kranken nicht an der Überfülle von Zollgrenzen, sondern an der Neigung ihrer herrschenden Schichten, den Staat als ihre Domäne zu betrachten; sie führen einen Klassenkampf von oben.

Und die Bundesrepublik? Je mehr sie die "Integration" mit Kleinsteuropa anstrebt, umso schneller erfolgt die Desintegration in Innern. Das Wenige, was an innerem Zusammenhalt nach der Katastrophe von 1945 vorhanden war, droht vor die Hunde zu gehen. Aus den Trümmern ihrer zerbröckelten Fabriken bauten Unternehmer

und Arbeiter im buchstäblichen Sinne des Wortes gemeinsam ihre Arbeitsstätten wieder auf. Dieses Bild scheint einer längst verklungenen unwirklichen Vergangenheit anzugehören. Heute sind die Gewerkschaften nach den Worten des Bundesministers Dehler "zuchthausreif" und ein "Geschwür am deutschen Volkskörper". Welch ein Wandel der Zeit. Ein hemmungsloser Profitgeizismus und die Sucht, schnell reich zu werden, hat in der Bundesrepublik kaum mehr zu überbrückende Klüfte aufgerissen. Es fehlt den tragenden Schichten das Gefühl der Verantwortung für das Ganze. Die Bundesregierung sucht in beängstigender Hast ihr Heil im Anschluss an den Westen, aber sie ist nicht in der Lage, wie die Reaktion der Gewerkschaften zeigt, Anschluss an die stärkste und zuverlässigste Kraft der jungen deutschen Demokratie zu finden.

Ist das Integration? Ist das nicht vielmehr ein Zeichen bedrohlicher Erstarrung der innerpolitischen Fronten?

Zum erstenmale seit Kriegsende hatten deutsche Vertreter der Bundesrepublik vor dem Weltforum der UNO die Gelegenheit, die deutsche Frage und Wege ihrer Lösung aufzuwerfen. Was machte die Bundesregierung daraus? Statt die Entsendung der deutschen Delegation als eine gesamtdeutsche, über den Parteien stehende Angelegenheit zu betrachten, bestimmte sie, ohne Fühlungnahme mit der Opposition, wer nach Paris fahren durfte. Dabei weiss die ganze Welt - Mc Cloy hat es übrigens in seinem Vierteljahresbericht bestätigt - dass die grösste deutsche Oppositionspartei aufgrund ihrer kämpferischen Tradition in Sachen der deutschen Einheit ein gewichtiges Wort mitzureden hat. Eine vorzügliche Gelegenheit, die Stimmen des noch freien Deutschlands zu Gehör zu bringen, wurde nutzlos vertan.

Ist das noch Integration? Zeigt es nicht ein Auseinanderbrechen zweier grosser Teile des Volkes, die den Staat bilden sollen?

Was echte Integration eines Volkes ist, hätte der Bundeskanzler auf seiner Englandreise erfahren können. Der britische Ministerpräsident Churchill veräumte es nicht, zu den Staatsempfängen auch die Führer der Oppositionsparteien heranzuziehen. Das war mehr als eine blosser Geste, das war die Anerkennung der Tatsache, dass Labour und deren Verdienste zu England gehören. Der gleiche Churchill sparte in der grossen Unterhausdebatte über das englische Verteidigungsprogramm nicht mit Lob und Anerkennung für die Leistung seines Vorgängers im Verteidigungsministerium, Shinwell, der den Grundstein dazu legte. Wo finden wir in deutschen Bereichen etwas ähnliches? Haben wir schon je von Regierungsseite eine Würdigung etwa des Kampfes der Sozialdemokratie gegen den Sowjetterror vernommen?

Das deutsche Volk steht vor grossen, sein Geschick für lange Zeit bestimmenden Entscheidungen. Aber noch nie war es innerlich so zerrissen, ging es so unvorbereitet hinein wie heute. Die Mitgift, die die Bundesregierung in die sogenannte Verteidigungsgemeinschaft des Westens mitbringt, ist eine zweifelhafte Sache. Das Werk des echten Staatsmannes, das Volk erst innerlich gesund und widerstandsfähig zu machen, ist dem Bundeskanzler nicht gelungen. Der Integration mit dem Westen fehlt die Integration nach innen, darum wird seine Politik vor den Stürmen der kommenden Zeiten nicht bestehen können.

Rom drängt Franco auf Teilung der Macht

Anfang Dezember konnte eine grosse New Yorker Zeitung über eine Ansprache des Kardinals Segura Saenz, Erzbischof von Sevilla, berichten, die wohl die schärfste Kritik der sozialen Verhältnisse unter Franco enthielt, die jemals in Spanien unter dem Franco-Regime geübt wurde. Die Amerikaner, die zurzeit gern einen "Silberstreif am Horizont" in Spanien sehen, seitdem sie mit Franco über Militärbasen verhandeln, buchten diese Rede natürlich sofort auf Konto "Hoffnung". Wer die Rede in ihrer spanischen Fassung aufmerksam liest und dazu weiss, dass die schon über zwei Jahre sich erstreckenden Konkordatsverhandlungen zwischen Franco und Rom auf Drängen Roms wieder aufgenommen wurden, reiht die Rede besser in das Fach "Dunkel, dunkler, am dunkelsten".

"Gewiss hat der Erzbischof offen ausgesprochen, dass der spanische Arbeiter hungert und im Elend verkommt, während die oberen Schichten in Luxus schwelgen. Der spanische Arbeiter fühlt sich als Sklave", sagte der Kardinal, "mit dem Unterschied, dass die Sklaven in früheren Zeiten gekauft und heutzutage in Spanien gemietet werden". Er klagte auch das Regime an, die Produktion an Luxusgütern zu gestatten, während den Arbeitern schlechtes und teures Brot angeboten würde und sie in Lumpen gehen müssten, weil sie mit ihren Löhnen sich keine Kleidung kaufen können.

Der wahre Sinn der "sozialen Strafpredigt" des Kardinals wird jedoch erst klar, wenn man seine "positiven" Forderungen liest. In ihnen wirft er nicht Franco, sondern Nordamerika und den westlichen Demokratien vor, schuld am Elend der spanischen Arbeiter zu sein, weil man Spanien weder in die UNO aufnahm noch Marshalplanhilfe gewährte. Die "blinde Politik" Nordamerikas sei schuld daran, dass der spanische Arbeiter durch sein Elend so apathisch geworden sei, dass er nur noch den Hass lerne, "den Hass gegen die Arbeitgeber, den Hass gegen die Kirche und den Hass gegen die Polizei und Armee - vor denen er sich wenigstens fürchtet".

Natürlich hat Franco den Kardinal nicht eingesperrt, was jedem Arbeiter passiert wäre, wenn er nur die Hälfte von dem ausgesprochen

hätte, was der hohe Kirchenfürst wagte. Franco weiss, dass im Grunde der Kardinal doch mit ihm an einem Strang zieht, und er weiss ebenso gut, warum der Kardinal das weltliche Regime in Spanien so herunterreisst. Nicht um die Befreiung des Arbeiters und Spaniens geht es dem Kardinal, sondern um die Rettung des Franco-Regimes zugunsten der katholischen Kirche. Franco soll weiter regieren, aber er soll noch mehr wie bisher durch die Kirche und unter ihr regieren

Die Rede des Sevillaner Kardinals war nicht der erste Schuss in einem Befreiungskampf, er war eher ein Warnungsschuss Roms vor den Bug des franquistischen Staatsschiffes, beizudrehen - nämlich in der Konkordatsfrage. Kurz nach der Rede trat Rom erneut an Franco heran und forderte die Wiederaufnahme der Konkordatsverhandlungen, die Franco im vergangenen Jahre abgebrochen hatte. Was der politische Klerus glaubt, von Franco fordern zu können, geht weit über das hinaus, was ihm in den Konkordaten mit andern katholischen Ländern zugestanden wurde. Nicht weniger als die völlige unbeschränkte Leitung der Schul- und Bildungspolitik, die Unterordnung der zivilen Trauung unter die kirchliche und der katholische Taufzwang bei Mischhehen stehen auf dem Konkordatsprogramm des Klerus. Ein solches Konkordat würde für den Diktator die Teilung der politischen Macht mit Rom bedeuten, wobei er sogar den kleineren Happen behielte. Aber Franco hat noch nie - Hitler erfuhr es - grosse Lust gezeigt, sich mit einem kleinen Happen zu begnügen. Darum muss er durch Kardinalsreden eingeschüchtert, ihm deutlich gemacht werden, dass die Kirche auch von seinen "Sünden" sprechen kann. Mit dem demokratischen Befreiungskampf haben weder das Auftreten des Kardinals noch die Weigerung Francos, alle Machtansprüche Roms zu schlucken, etwas zu tun. Eine kleine familiäre Auseinandersetzung unter Brüdern, nichts mehr...

Pablo Haupt

+ + +

Trotz Sorgen - Zuversicht

Ein Nachwort zur Tagung der Internationale in Brüssel

(sp) zum erstenmal seit der Wiedergründung der Sozialistischen Internationale war deren kürzlich konstituierte Generalrat in der letzten Woche in Brüssel zu einer politischen Arbeitstagung versammelt. Ihr praktischer Wert wurde stärker durch die gründliche und offenherzige Aussprache, als durch Resolutionen bestimmt. Es wurde erneut klar, dass in dem gegenwärtigen Stadium der Bemühungen um eine europäische Integration auch im Lager der Internationale wohl viel Einigkeit im Grundsatz, aber viel weniger Einigkeit im Detail besteht, dass vermeintliche oder tatsächliche nationale Notwendigkeiten im Widerstreit liegen zu dem Zwang, möglichst schnell einen wirksamen europäischen Zusammenschluss zu erreichen.

Die Situation ist umso schwieriger, als die permanente Kriegsgefahr auf ihr lastet, auch wenn sie, nach überwiegender Meinung, nicht akut ist. Sie liegt vor allem in den Fakten, die die Rüstung schafft. Die Rüstungsnotwendigkeit für die freie Welt aber - auch sie im Grundsatz unbestritten, in der Durchführung im einzelnen dagegen ungeheuer kompliziert - stösst gerade im Bewusstsein der sozialistischen Parteien besonders hart auf das weitverbreitete Elend und den Kostenaufwand für seine Bekämpfung. Es wurde auch festgestellt, dass gerade in diesem sozialen Elend, neben der gefährlichen Automatik ständig steigender Rüstungen, eine zusätzliche Gefahrenquelle für den Frieden liegt. Der belgische Vertreter Larock, der ein besonders eindrucksvolles Referat hielt, wies auch darauf hin, dass Europa ohne die Hilfe der USA nicht lebens- und verteidigungsfähig sein werde, dass aber andererseits Europa sehr leicht zu einem Vasallen der USA hersinken könnte, wenn es sich allzu ausschliesslich auf Amerika verlassen würde.

Für die SPD stellte der stellvertretende Vorsitzende der Partei, Erich Ollenhauer, fest, dass die Gründe für die Ablehnung des Schuman-Planes für seine Partei nicht beseitigt seien. Auch in der Frage der europäischen Verteidigung stehe die Meinung

der SPD seit langem fest: Gleiches Risiko, gleiche Chance, gleiches Opfer. Seine Partei sei keine pazifistische Sekte. Für ihn stand die besorgte Frage im Mittelpunkt: Wie lange können die europäischen Demokratien die sozialen Lasten der Aufrüstung tragen, ohne die politische und psychologische Situation zu schaffen, die die Sowjetunion ohne Krieg zum Erfolg bringt? Für die europäische Einigung sei am Grundsatz festzuhalten, dass Grossbritannien und Skandinavien mit dabei sein müssten.

Wenn Morgan Philipps in seinem Schlusswort die Ansicht vertrat, seit 1945 seien in den internationalen Diskussionen der sozialistischen Parteien grosse Fortschritte erzielt und man sei viel konkreter als früher geworden, wenn er sagte, man habe auch in den Details grössere Übereinstimmung erzielt und die Hauptmeinungsverschiedenheit sei eigentlich nur noch die europäische Gemeinschaft ohne England - wenn er das alles sagte, so war dies in den Augen der meisten wohl eine allzu freundliche Diagnose, die die Dinge über Gebühr vereinfacht. Immerhin ist der aufrichtige Wille vorhanden, mit den Schwierigkeiten fertig zu werden. Vielleicht wird man auf der nächsten Tagung in April in Schweden ein Stück weiterkommen

+ + +

Durch einen Stalinisten ersetzt

(sp) Der Chefredakteur der sowjetzonalen Wochenzeitung "Die Wirtschaft", Kurt Huber, wurde bereits vor längerer Zeit abberufen. In seine Stelle trat der bisherige Redakteur der "Berliner Zeitung", Gerhard Kegel. Die Abberufung Hubers erfolgte nach einer Auseinandersetzung mit dem Chefredakteur des Verlages "Die Wirtschaft", Werner Mussler, der neben der Zeitung auch mehrere Fachzeitschriften herausbringt. Huber musste gehen, da Mussler den stärkeren Rückhalt bei den sowjetischen Stellen hatte. Mussler war 1945 im Stabe der deutschen Mitarbeiter der "Täglichen Rundschau" aus der SU nach Deutschland zurückgekehrt. Huber kehrte erst 1948 aus einem kommunistischen Umschulungslager für Kriegsgefangene zurück. Weiter wurde als Redakteur bei der "Wirtschaft" Martin Döring eingesetzt, der nach 1945 zuerst Abteilungsleiter in der HV-Industrie (der damaligen DWK) und seit etwa 1949 mit illegalen Einfuhren aus Westdeutschland be-
traut war.

+ + +

Vom Irr-Sinn der Diktatur

Ein Bericht über den dreijährigen Aufenthalt in sowjetrussischen Gefängnissen von 1936 bis 1939, während der Zeit der grossen Verfolgungen, wird zur Untersuchung der Frage nach dem "Warum" von Verhaftung, Verbannung und Vernichtung von Millionen Sowjetbürgern und Freunden der Sowjetunion.

Der dokumentarische Wert des Buches, das unter dem Titel "Hexensabbat" im Verlag der Frankfurter Hefte, Frankfurt-Main, erschienen ist, ergibt sich aus der Tatsache, dass der Verfasser, Alexander Weissberg-Cybulski, ein Wissenschaftler von Rang, als Mitglied der Kommunistischen Partei und Freund der Sowjetunion 1931 nach Russland ging, mit wichtigen Aufgaben auf den Gebieten der wissenschaftlichen Forschung und des industriellen Aufbaus in der Sowjetunion beauftragt wurde und erst lange Zeit nach seiner Verhaftung zu der Erkenntnis kam: Der von Stalin beschrittene Weg hat mit Sozialismus nichts mehr zu tun.

Gewiss war diese Erkenntnis bereits vorhanden, als das Buch geschrieben wurde. Aber der Autor vermag die Haltung des von der Wirklichkeit des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion zunächst Überzeugten glaubhaft zu machen, der sich gegen die Zweifel wehrt, die ihm schon vor seiner Verhaftung, dann während der endlosen Verhöre durch das NKWD und unter dem Eindruck der Mitteilungen seiner zahllosen Mithäftlinge befallen; der sich immer wieder fragt, was es denn für einen Sinn haben könnte, Millionen Menschen zu Geständnissen zu zwingen, die erfunden werden müssen. Wenn Weissberg-Cybulski zu dem Schluss kommt, dass die Ausschaltung der leisesten Möglichkeit eigener Denkens der Sinn der Verfolgungen war; dass diejenigen ausgerottet werden sollten, die noch von den Idealen einer echten wirtschaftlicher und sozialen Revolution zehrten, dass es das Ziel war, mit einem Druck auf den Knopf das Bild vor den Augen jeden Bürgers in den befohlenen Farben erscheinen zu lassen - Ziele, die unvereinbar sind mit den natürlichen Grundelementen menschlichen Zusammenlebens.

Das Buch enthält Längen und Wiederholungen. Sie wiegen aber leicht wenn man berücksichtigt, dass der Verfasser sich bemühte, jeder Deutung nachzugehen, die den Irrsinn der Sowjetdiktatur zu erklären vermöchte.

D.

Verantwortlich: Peter Raunau